

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugs-Preis: Monatlich 2,25 Mark,
bei Zuteilung durch die Posten 2,60 Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg usw.) kann
ausgeweiteter Störungen des Betriebes der
Zeitung, der Herausgeber ob d. Verleger keinen An-
spruch auf Abnahme oder Nachlieferung der
Zeitung ob auf Wiederaufnahme d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt

Rechte Seite: Die Münzprägestätte Zittau
oder deren Name wird mit „Z.“ und
der ersten Seite mit „Z.“ bezeichnet.
Rechte Seite: Die Münzprägestätte Zittau
oder deren Name wird mit „Z.“ und
der ersten Seite mit „Z.“ bezeichnet.
Zehn Tropfen auf Wasser, auf
der Tropfenplatte aufsetzen.

Gesprech-Anschluß Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Möller, Ottendorf.

Nr. 144

Mittwoch, den 14. Dezember 1921

20. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Eicheholzzeichen.

Der Gemeinde sind 350 Eicheholzzeichen zur Vertheilung gestellt worden, von denen 70 Stück unentgeltlich und 280 Stück gegen Zahlung einer Spende von 11 Pfennig abzugeben sind.

Anträge von bedürftigen Personen auf Zuteilung eines Holzzeichens sind

bis zum 17. d. J.

im Rathaus — Amtsamt — anzubringen. Sozial- und Kleinrentner, Gewerksleute, bedürftige Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, erhalten den Vorzug.

Ottendorf-Okrilla, den 7. Dezember 1921.

Der Gemeindevorstand.

Örtliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 15. Dezember 1921.

Gemeinderatssitzung am 12. Dezember im Rathaus zu Ottendorf-Okrilla. Der Vorsitzende, Herr Gemeindevorstand Richter, eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß anlässlich der Sozialfassungsschlüsselprüfung auch die Gemeinde-, Büro-, Gewerkslosen-, Gaswerks- und sonstigen Kosten einer Prüfung unterzogen worden seien, die alle in Richtigkeit befunden worden sind. Des weiteren gibt die Amtshauptmannschaft bekannt, daß der Bezirksvorstand, als Besitzer des am Wege nach Hermsdorf und Grünberg gelegenen Waldes, beabsichtigt, einen Teil Wald abzuholzen, und auf die günstige Gelegenheit holt zu erkennen hinweisen. Der Gemeindetag weist auf eine Verfassung der Finanzämter hin, nachdem die Gemeinden feststellen die Steuerbücher ausfertigen sollen, für diese Leistung soll, da die Gemeinden dadurch viel Arbeit haben der Betrag von 1 Pf. für das Buch den Finanzämtern in Rechnung gestellt werden. Gegen die von der Regierung geplante Berechnung von $5\frac{1}{4}\%$ für gewohnte Vorläufe an bedürftige Gemeinden soll Einspruch erhoben werden. Eine Resolution der Freien Turnerschaft wegen Schaffung eines Sportplatzes und Turnhalle wird zur Kenntnis genommen. Die Koblenzierung des Saarles läßt auch zu wünschen übrig, doch ist es gelungen für die Zeit von 3 bis 4 Wochen sich noch einzutragen, vorausgesetzt daß die zugelassenen Befreiungen erfolgen, weniger erstaunlich ist; daß für den Gespreis eine weitere Erhöhung von etwa 50 Prozent zu erwarten ist. Herr Kühn stellt den Antrag gegen die Entnahmen der Bauarbeiter in die Gruppe der Salzofenarbeiter durch die Kreishauptmannschaft Dresden — als einzige in Sachsen — Protest einzulegen. Die angekündigten Entschädigungen für die Grund-, Gewerbe- und Brunnenssteuer finden Zustimmung. Die Erhöhung der Posttarife für Gemeinde und Land um ca. 100 Prozent wird genehmigt. Der nachgekündigte Betrag von Gemeinde und Land sind abschlägig bestehend. Bezug auf die Entschädigung für den Lagerplatz an der Mühle des Herrn Kühn — der nach einer Vereinbarung vom Jahre 1846 an den damaligen Besitzer als Röhrholz für den Preis von 1 Taler 5 Groschen verpachtet wurde — soll den heutigen Geldwert entsprechend geregelt werden. Als Nachfolger des verstorbenen Richters — Martin Bock — wird Herr Gemeindältester Lu ist Böck gewählt. Den geleigerten Verwaltungskosten nachkommen, macht sich eine Erhöhung der Hypothekenlast notwendig, die von $4\frac{1}{4}$ bis $4\frac{1}{2}$, auf $4\frac{1}{4}$ Prozent erhöht werden. Die ausgeliehenen Hypotheken betragen im Okt. 615 000 auswärts 629 000 Mark, die Mehreinnahme durch die Erhöhung beträgt 4650 Mark. Auf Anfrage des Wohnungserbauamtes bezüglich des Unterbauschusses wird beschlossen, dabinehend Mitteilung zu machen, daß ein weiteres Beliehen des Unterbauschusses für den hierfür Ort keinen Zweck habe. Mit einer Einzelzählung formstatischen Artals — das von d. Fa. August Walther u. Söhne A.-G. gekauft worden ist — erklärt man sich einverstanden. Hieraus geht eine Sitzung.

Auf den heutigen Abend 8 Uhr im Gasthof zum „Schwarzen Ross“ vom Beamtenverein veranstalteten Begrüßungsvortrag über Weihnachten in Kunst und Sitte bei besonders aufmerksam gemacht. Gäste, eingeführt durch Mitglieder, sind herzlich willkommen. Der Saal ist dankenswerter Weise gut geheizt. Eintritt frei.

Das Stimmrecht der Vorsitzenden für die Gemeindesitzungen. Wie in den Städten Dresden, Leipzig und Zwickau die Stadtverordnetenwahlen, so haben vielfach auch in sächsischen Gemeinden, die in den letzten Wochen

festgestellten Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen Stimmengleichheit zwischen den Bürgerlichen und den Sozialistischen Vertretern ergeben. Nach der sächsischen Revidierten Städteordnung entscheidet, wenn bei Abstimmung sich Stimmengleichheit ergibt, die Stimme des Vorsitzenden, während in der Geschäftsordnung des sächsischen Landtages die Bestimmung enthalten ist, daß Stimmengleichheit Abstimmung bedeutet. Es wird deshalb in den Kreisen der Stadtveteranen erwogen, auf eine Änderung der einschlägigen Bestimmung der Revidierten Städteordnung hinauf zu wirken, daß in dieser über die Stimmabgabe des Vorsitzenden bei Stimmengleichheit dieselbe Bewertung Platz gibt, wie die in der Geschäftsordnung des sächsischen Landtages vorgehnen ist.

Das Ende der Buderknappheit kündigt das Reichswirtschaftsministerium an. Es führt aus, der laufende Bedarf an Haushaltssatz werden in vollem Umfang befriedigt werden können und es besteht die Gewissheit, daß im Laufe der nächsten Zeit ausreichende Mengen Güter zu normalen Preisen auf den Markt gebracht werden. Den Fabrikaten ist für die Monate Oktober bis Dezember ein Drittel der vorausichtlichen Erzeugung des ganzen Jahres zum Verkauf und zur Lieferung bis Ende Dezember freigegeben.

Dresden. Von der diesjährigen Kriminalpolizei wurden der Elektromonteur Wilhelm Schartowksi, am 27. Jan. 1900 in Reinickendorf bei Berlin geboren und der Möbelschreiner Benno Wehner, am 16. Februar in Waldesfelde in Unterfranken geboren zu dem in Berlin begangenen Raubmorde an dem Pfefferkuchenhändler Alexander festgenommen. Der Erwähnte besuchte als Pfefferkuchen- und Schokoladenhändler Bankhäuser, Kaffeehaus usw. und galt als vermögender Mann. Zu seinem Handel holte er sich aus Rossmanns Botengänger, die er gewöhnlich einige Tage beschäftigte. Auf diese Weise ist auch der hier festgenommene Wehner mit Alexander bekannt geworden und hat dabei dessen Verhältnisse kennen gelernt. Er hat dann den gleichfalls festgenommenen Schartowksi und noch eine dritte Person in Alexanders Verhältnisse eingeweiht worauf sie zu dem Entschluß kamen, den Alexander zu rauben. Der Plan wurde nie verhindert, am Donnerstag den 6. Dezember ausgeführt. Sie brachten sich in die Wohnung des Alexander, überfielen ihn, knebelten ihn, und stahlen ihm ein Taschenuhr in den Mund wo durch die Gründungsstadt eingetreten ist. Dem ermordeten wurden 9000 Mark geraubt. Von dem geraubten Gelde kleideten sich die Mörder vollständig neu ein, es konnte deshalb nur noch ein geringer Betrag bereitgestellt werden. Die Festgenommenen haben nach längeren Verhandlungen die Tat eingestanden.

Freital. Trotz großer Anstrengungen ist es noch nicht gelungen, die Verlierer des Raubüberfalls auf die Beamten der Siemens-Schuckert Glassfabrik festzustellen. Das siessche Polizeiamt klagt, daß die Verfolgung insbesondere dadurch erschwert worden ist, daß das Polizeiamt erst sehr spät und auf dem Umweg über Dresden Mitteilung von dem Ilb soll erhielt. Die Döbelner hatten dann einen zu raschen Vorprung, um sie auf freiem Felde einholen zu können. Nachdem sie unweit des Kinderheims im Würzgrund in den Wald gelangt waren, ließen sich die Spuren nur schwer finden und verloren sich auf dem Waldpfad fast ganz. Diesen ungeachtet ist das Döbelner Polizeiamt ständig befreit die Täter aufzufinden zu machen. Nach Befürchtungen des siesschen Raubüberfalls war der Firmen von der ihm nahestehenden Befreiung eines großen Unternehmens in Hoyerswerda i. S. die drastische Mitteilung daß auf den Kundenboten der Fabrik, der 140000 Mark Lohn erforderte von der Bank erhoben hatte, von einem Radfahrer, der gleichzeitig mit Pfeiffer arbeitete, Tages zuvor, also am Donnerstag, ein gleicher Überfall verübt worden. Der zuflüchtig hinzukommende Fabrikbesitzer machte von seinem Schuhwaffe Gebrauch, doch konnte der Rauber unerkannt entfliehen.

Kötzschenbroda. Zum Zwecke der Gründung einer Stadt „Eibendorf“ haben bereits die ersten Gemeindevertreterungen abgestimmt. In Oberlößnitz, das gar kein Interesse an der Zusammenlegung der Lößnigortschaften hat, stimmte der Gemeinderat mit 11 gegen 3 Stimmen gegen die geplante Stadtbildung. Radebeul dagegen ist der treibende Kell in der ausgeworfenen Frage und stimmte deshalb im Gemeinderat 18 Stimmen für und 3 Stimmen bei einer Stimmabstimmung, gegen die Octo-vereinigung. Da die Einwohner aller Ortschaften sich aber nur einer Urabstimmung fügen werden, sind die bisherigen Abstimmungen

zwecklos. Allgemein ist man überhaupt ganz gegen die Gründung einer Stadt, weil man neben unabsehbaren Teuerung in der Verwaltung und kostspieligen Verpflichtungen einer Stadtgemeinde für deren Bewohner nur Geschwernisse erblickt.

Döbeln. Sonnabend früh brannte ein Gebäude, Slagel der Maschinenfabrik von Franz Richter am Bahnhof Döbeln-Ost völlig aus. In diesem neueren Teile der Fabrik befanden sich die Klempnerei und der Drillmaschinenbau. Da die Fabrik hoch liegt, war der Druck der Wasserversorgung abgeschwächt. Helfend mußte die Motorspritze der hiesigen Feuerwehrfabrik eingreifen.

Döbeln. Dienstagvormittag drang ein Dieb in die im 1. Stock des Hauses Obermarkt 11 gelegene Wohnung des Schuhwarenhändlers Paul Wittig ein und stahl aus dem Kleiderschrank eine Geldtasche mit 10 000 Mark Inhalt.

Öscha. Feuer brach in der Scheune des Viehhändlers Werner in Galitz aus. Außer der Scheune wurde auch das Seitengebäude und ein Teil des Wohnhauses vernichtet. Der Vater des Besitzers hat aus der Scheune verschiedene Gegenstände retten wollen und ist dabei ums Leben gekommen, während der Besitzer die Pferde aus dem Seitengebäude holte.

Widau. Wegen der von den Gewerkschaften mittels sogenannter Kontrollzettel ausgeübten Kontrolle der Gewerkschaftsmitglieder bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen haben die Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei die Gültigkeit der Wahlen durch Wahlprotekt angefochten.

Widau. Die Stadtverordneten beschlossen eine Erhöhung bzw. Verschärfung der Geschäftsordnung, um die Wiedereinführung eines solchen Vorlasses, wie er sich vor einiger Zeit im Stadtverordnetenkollegium ereignet hatte, zu verhindern. Damals war ein sozialdemokratischer Stadtverordneter gegen einen bürgerlichen Kollegen, der ihm eine beleidigende Ausübung zugewiesen hatte, tatsächlich vorgegangen. Die sozialdemokratische Fraktion erhob zwar gegen die Änderung der Geschäftsordnung lebhafte Widerstand, verließ auch vor der Abstimmung den Saal, konnte aber die Annahme der Vorlage dadurch nicht verhindern.

Unerhörte Vertierung von Post und Eisenbahn.

Die Steigerungen der Bahn- und Posttarife überschreiten sich geradezu. Vor zwei Tagen hat der Reichsrat mit die Gebührenerhöhung zum 1. Januar 1922 bedingungsweise genehmigt. Aber noch bevor diese eben beschlossenen Tarif erhöhungen der Öffentlichkeit bekannt gegeben waren, hat die Reichspostverwaltung den Regierungen der einzelnen Länder schon eine neue Vorlage mit neuen, wieder wesentlich erhöhten Tarifzägen übermittelt, die anstelle der vor wenigen Tagen beschlossenen, vom 1. Januar ab Geltung haben sollen.

Nach den letzten Beschlüssen sollte die Postarie im Ortsverkehr 60 Pfennige im Fernverkehr 1 Mark kosten. Nach den jüngsten Vorschlägen wird sie 75 Pfennige bzw. 1,25 Mark kosten. Die Gebühr für den Brief sollte im Ortsverkehr ab 1. Januar 1 Pf. im Fernverkehr 1,50 Pf. betragen. Sie soll neuerdings auf 1,25 Mark bzw. 2 Pf. für ein Gewicht bis 20 Gramm erhöht werden. Die Postgebühr bei Telegrammen sollte 75 Pfennige, die Mindestgebühr 10 Mark hoch sein. Der neue Vorschlag lautet auf 1 Mark pro Wort und 10 Mark Mindestgebühr. Die Fernsprechgebühren sollten gegenüber dem Gebührentarif vom 1. Oktober um 80 v. H. erhöht werden. Der neue Vorschlag lautet auf 100 v. H. In ähnlicher Höhe sollen auch die übrigen Postgebühren erhöht werden. Das heißt also daß die Sätze auf das zwanzigfache des Friedensbeitrages gedreht werden sollen.

Das wird Geltung haben nicht nur für die Post, sondern auch für die Eisenbahn. Was für eine ungemeine Belastung diese neuen Gebührensteigerungen nicht nur für den einzelnen sondern für unser ganzes Wirtschaftsleben bedeuten, bedarf keiner besonderen Ausführung. Es muß auf das dringendste davor gewarnt werden, den Bogen zu überspannen.

Turkunder
ist die beste Seife
Steckenpferd Buttermilch-Seife

